

Der neue VAA Newsletter: Kurz, klar, knapp!

Der VAA ist mit diesem neuen Newsletter- Angebot online präsent. Einmal im Monat enthält der Newsletter kurz, klar und knapp Infos zu wichtigen Themen: Wie etwa Demografie im Unternehmen, Vergütung, Compliance, Mitbestimmung, betriebliche Altersversorgung, ...

Berufsverbände sind Netzwerke. Mitglieder schließen sich zusammen. Sie treten gemeinsam für ihre Interessen ein. Man muss sich abstimmen. Nur so wird ein Verband aktionsfähig. Über die entscheidenden Informationen rasch und gemeinsam zu verfügen, hilft; und es stärkt das politische Gewicht des Verbands.

Das Internet bietet neue Chancen der Kommunikation. Wir wollen sie nutzen und sind auf Ihr Feedback gespannt.

Ihr **Dr. Thomas Fischer**



Dr. Thomas Fischer ist seit 2002
Verbandsvorsitzender des VAA.

Kalte Progression fast passé?

Die zentrale steuerpolitische Forderung des VAA nach Beseitigung der "kalten Progression" soll mit dem Konjunkturpaket II teilweise erfüllt werden.



Quelle: © Tfrisch -
Fotolia.com

Das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung sieht ein 50- Milliarden- Paket zur Ankurbelung der Konjunktur vor. Eine zentrale steuerpolitische Forderung des VAA soll teilweise verwirklicht werden: Die Beseitigung der „kalten Progression“. Bereits auf der VAA- Delegiertentagung im Frühjahr 2008 hatte der VAA als größter Führungskräfteverband in Deutschland diese Forderung an die Politik gerichtet.

Dynamische Anpassung der Einkommensteuertarife

Um die Kaufkraft zu heben und die Binnennachfrage stetig und nachhaltig zu steigern, müssen die Leistungsträger mit mittleren Einkommen entlastet werden. Der VAA spricht sich deshalb für eine dauerhafte Dynamisierung der steuerlichen Eckwerte bei der Lohn- und Einkommenssteuer aus. VAA- Vorsitzender Dr. Thomas Fischer dazu: „Die Schere zwischen Brutto und Netto darf nicht weiter aufgehen.“

Inflationsbereinigt wuchs die aus Arbeitseinkommen resultierende Kaufkraft im vergangenen Jahrzehnt kaum oder war sogar rückläufig. Dennoch kam jede Lohnerhöhung einer verdeckten Steuererhöhung gleich. Grundfreibetrag und Steuerprogression blieben über die Jahre hinweg unverändert. Deshalb wurden nominale Gehaltserhöhungen durch höhere Steuersätze und die Inflation aufgezehrt, bevor sie überhaupt im Geldbeutel ankommen konnten.

Die kalte Progression abmildern

Nach den Plänen der Bundesregierung soll nun der steuerliche Grundfreibetrag um vier Prozent auf 8.004 Euro im Jahr angehoben werden. Das spürt der einzelne Steuerzahler aber kaum. Deshalb wird zusätzlich der Steuertarif geändert. Der Eingangsteuersatz sinkt von 15 auf 14 Prozent.

Bezieher mittlerer Einkommen werden von diesen Erleichterungen jedoch zu wenig spüren. Der Vorschlag der Union, den Tarifverlauf abzuflachen und so den Mittelstand zu entlasten, findet im Konjunkturpaket II keine Erwähnung.

Hauptgeschäftsführer Gerhard Kronisch wirbt daher weiter für eine vollständige Umsetzung der VAA- Forderungen: „Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, insbesondere der mittleren Einkommensbezieher, zu stärken, ist in Zukunft eine automatische und regelmäßige Anpassung des Steuertarifs erforderlich.“

Gleichzeitig macht er sich Sorgen wegen der absehbaren Verschärfung der Verteilungskämpfe, wenn die Rechnung für das Konjunkturpaket präsentiert wird. Kronisch: „Es kann nicht sein, dass die begrüßenswerte Verringerung der Sozialabgaben vor allem durch das Vorziehen der „Rente mit 67“ refinanziert wird. Bei den nach wie vor geringen Erwerbstätigkeitsquoten im Alter ab 55 würde die Rentenpolitik ihre Glaubwürdigkeit riskieren. Politik nach dem Motto: Rente nach Kassenlage, kann und sollte sich in diesem Land niemand leisten.“

Kalte Progression

Ist die Bezeichnung für eine Steuermehrbelastung, die dann eintritt, wenn Lohnsteigerungen lediglich einen Inflationsausgleich bewirken und die Einkommensteuersätze nicht der Inflationsrate angepasst werden. Durch den progressiven Einkommenstarif wird für jeden über dem Grundfreibetrag verdienten Euro ein höherer Steuersatz fällig – das Realeinkommen sinkt.

(Quelle: Bundesfinanzministerium)

Rufbereitschaft oder Bereitschaftsdienst?

Bereitschaftsdienst leistet, wer binnen 15 Minuten am Arbeitsplatz eintreffen muss.

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Köln hat entschieden, dass sich der Arbeitgeber bei so engen Zeitvorgaben nicht auf Rufbereitschaft berufen kann und die höhere Vergütung für Bereitschaftsdienst zahlen muss.

Das LAG Köln hat sich in einem Urteil vom 13.08.2008 (Az. 3 Sa 1453/07) mit der Abgrenzung von Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst beschäftigt. Ein Krankenhausträger hatte einem zur Rufbereitschaft eingeteiltem Arzt eine Eintreffzeit von 15 Minuten vorgegeben. Das Gericht hielt diese Vorgabe für unzulässig. Es ging angesichts dieser Zeitvorgabe des Arbeitgebers nicht von einer Rufbereitschaft, sondern von Bereitschaftsdienst aus.

Auch wenn dieses Urteil einen Arzt betraf, sind die rechtlichen Erwägungen auf die chemische Industrie übertragbar.

Rufbereitschaft nur bei frei wählbarem Aufenthaltsort

Zwischen Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst ist folgendermaßen zu unterscheiden: Bei einer Rufbereitschaft bestimmt der Arbeitnehmer seinen Aufenthaltsort selbst. Er kann sich um persönliche und familiäre Angelegenheiten kümmern. Das ist gerade nicht der Fall, wenn der Arbeitgeber verlangt, dass der Arbeitnehmer innerhalb von 15 Minuten verfügbar sein soll. Enge zeitliche Grenzen können zwangsläufig zu einer räumlichen Einschränkung führen.

Wie lang die Wegezeiten zum Arbeitsort sein dürfen, ist im jeweiligen Einzelfall festzulegen. Das Bundesarbeitsgericht hielt auch die Vorgabe von 20 Minuten Eintreffzeit für unzulässig. Zwar soll der Zweck der Rufbereitschaft durch zu lange Wegezeiten nicht unberücksichtigt bleiben, jedoch sind Wegezeiten in einer Größenordnung von 25 bis 30 Minuten durchaus üblich. Deshalb muss der Arbeitgeber sie hinnehmen.

Weitere Informationen:

[LAG Köln, 13. August 2008, 3 Sa 1453/07, Rufbereitschaft innerhalb von 15 Minuten als Bereitschaftsdienst](#)

[BAG, 31. Januar 2002, 6 AZR 214/00, Zeitvorgabe zur Arbeitsaufnahme bei Rufbereitschaft](#)

[EuGH, 9. September 2003, Rechtssache C-151/02, Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit](#)

Über den Sinn und Unsinn von Börsenprognosen

Börsenprognosen grenzen auf kurze Frist an Kaffeesatzleserei; auf mittlere Sicht schaffen sie indessen Orientierung.

Börsenkurse kehren auf längere Sicht immer wieder zu ihren langfristigen Durchschnittswerten zurück. Eine dauerhafte Abkopplung von den Fundamentalwerten der Wirtschaft ist nicht möglich. Deshalb können mittel- bis langfristige Prognosen, die auf der Grundlage des aktuellen Bewertungsniveaus und der langfristigen Durchschnittswerte erstellt werden, bei der Ausrichtung des Depots eine sinnvolle Hilfe sein. Solche Prognosen über die durchschnittliche Renditeerwartung verschiedener Anlageklassen über die nächsten sieben Jahre werden beispielsweise von GMO, einer amerikanischen Investmentgesellschaft, quartalsweise seit vielen Jahren veröffentlicht.

Sie haben sich als äußerst zuverlässig erwiesen. Der Vergleich der aktuellen 7- Jahresprognose mit derjenigen vom dritten Quartal 2007, dem Beginn der Finanzkrise, ergibt folgendes Bild:

Prognosezeitpunkt	internat. Aktien	internat. Staatspapiere
30.09.2007	Ø 2,3% p.a.	Ø 4,5% p.a.
30.11.2008	Ø 11,7% p.a.	Ø 1,6% p.a.

Quelle: www.gmo.com

Anleger, die in der Vergangenheit die angesprochenen 7- Jahresprognosen bei der Ausrichtung ihres Depots berücksichtigt haben, sind gut damit gefahren. Sinnvoll sind daher Börsenprognosen dann, wenn man sich mit ihrer Hilfe eine Meinung über die zukünftige Entwicklung der Märkte bildet.

Leider schauen viele Anleger bei der Ausrichtung ihres Depots nicht in die Zukunft, sondern orientieren sich an der Vergangenheit: Bei sogenannten „Rückspiegel-Investments“ tun sie heute das, was sie vor ein oder zwei Jahren hätten tun sollen, statt das zu tun, was sie sich in ein oder zwei Jahren wünschen werden, heute getan zu haben. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Flucht in vermeintlich sichere Staatsanleihen und der Ausverkauf von Aktien, Rohstoffen und Immobilien.

Börsen folgen kurzfristig Zufallspfad

Blanker Unsinn sind dagegen die vielen Prognosen über den Börsenstand zum Jahresende, die momentan von den Medien mit großer Begeisterung veröffentlicht werden. Kurzfristig folgen die Börsenkurse einem Zufallspfad und sind deshalb nicht vorhersehbar. Anlageentscheidungen, die aufgrund von Ein- Jahres- Prognosen getroffen werden, bergen daher ein hohes Enttäuschungspotential.

Jörg Lamberty

Weitere Informationen:

www.fvp-gmbh.de/publikationen.html



Joerg Lamberty ist Geschäftsführender Gesellschafter der FVP Gesellschaft für Finanz- und Vermögensplanung mbH in Köln.
www.fvp-gmbh.de

Dr. Theodor Reuters - Kampfesmutig auf Ausgleich bedacht.

Sicherlich hat es etwas mit seinem Hobby zu tun, dass beim Gespräch zum Thema Betriebsratsarbeit stets ein Funken Kampfeswille aus seinen Augenwinkeln blitzt. Dr. Theodor Reuters, 56, Diplom-Chemiker, ist fasziniert von Drachen und der damit verbundenen Mystik. Einige harmlosere Exemplare sammelt er im Wohnzimmer.

Seit 22 Jahren arbeitet er bei der Schott AG in Mainz, zuerst in der Glasentwicklung, später in der Schmelztechnik. Es waren Arbeitskollegen in der Glaskeramikentwicklung, die 1987 sein Interesse an Aktivitäten jenseits der rein fachlichen Ebene weckten. Die Möglichkeit, über den Betriebsrat Einfluss zu nehmen, hatte er gar nicht so bewusst wahrgenommen. Als Nachrücker kam er vor zehn Jahren dann in den Betriebsrat, 2002 und 2006 wurde er direkt gewählt. Seitdem setzt sich der inzwischen freigestellte Betriebsrat intensiv und kompetent für die Belange von Kollegen und Betrieb ein.

Größter Erfolg der Betriebsratsarbeit bisher war, nach langen Diskussionen und Verhandlungen eine Betriebsvereinbarung zum Zusammenhang zwischen persönlicher Zielvereinbarung und variablem Entgelt im AT-Bereich abzuschließen und damit die Transparenz der Entgeltermittlung zu erhöhen.

„Initiative ergreifen“

Als Mitglied in mehreren Betriebsrats-Ausschüssen kennt Dr. Reuters die großen und kleinen Probleme des Unternehmens bis ins Detail. Seine Handlungsmaxime in Verhandlungen ist stets der Interessensausgleich, doch gilt es, "immer selbst die Initiative zu ergreifen, denn von allein geht gar nichts."

Dadurch hat sich, trotz klarer Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat, das Miteinander mit den Kollegen von der IG BCE deutlich verbessert. Allerdings erwartet er einen harten Wahlkampf.

Seit 2002 lenkt Dr. Reuters als Vorsitzender die Aktivitäten der VAA-Werksgruppe mit über 90 Mitgliedern und engagiert sich darüber hinaus im VAA als Vorsitzender der Kommission Betriebsräte. Es finden intensive Diskussionen und ein regelmäßiger Informationsaustausch mit der Personalleitung statt. In der Planung ist z.B., ein neues Bewertungssystem vor seiner Einführung im Bereich der nicht-leitenden AT-Angestellten innerhalb einer Werksgruppenveranstaltung zur Diskussion zu stellen.

Und Dr. Reuters hat große Pläne für die im nächsten Jahr anstehenden Betriebsratswahlen.

Bei den letzten drei Wahlen hat der VAA jeweils ein Mandat hinzugewonnen. Dieser Trend soll sich auch 2010 fortsetzen. Zielsetzung ist, mit der Weiterverfolgung der Forderung nach einer größeren Transparenz bei der Entgeltfindung und den Bonussystemen im AT-Bereich und Anregungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie attraktiven Informationsveranstaltungen zu punkten.

Dr. Reuters zeigt sich zuversichtlich: „Wir blicken den Betriebsratswahlen mit einem begründeten Optimismus, einem guten Programm und kompetenten Kandidaten voller Engagement entgegen.“



Dr. Theodor Reuters ist freigestelltes Betriebsratsmitglied bei Schott, leitet die VAA-Werksgruppe und die VAA Kommission Betriebsräte. Bild: Maria Schulz, Köln

Kurzmeldungen, Termine und Links

Weiterentwicklung der Einkommensumfrage - Erfassung aller Entlohnungsbestandteile

Der VAA hat in Zusammenarbeit mit der Universität Würzburg die Einkommensumfrage weiterentwickelt. Eine der wichtigsten Verbandsleistungen wird damit verbessert. Die einzelnen Entlohnungsbestandteile sind präzisiert und erweitert worden. VAA- Mitglieder gewinnen so ein weitaus differenzierteres Bild über die Zusammensetzung ihres Einkommens. Darüber hinaus können empirisch gesicherte Aussagen über berufliche Entwicklungsmöglichkeiten gewonnen werden. Mitglieder und Verband können so auf eine solide, wissenschaftlich fundierte Datenbasis zurückgreifen.

Alles zur Einkommensumfrage 2008 finden Sie auf der Webseite des VAA unter [Kommissionen/ Gehaltsfragen](#).

Termine:

24.01.09: **Vortrag „Karriere planen - Personalentwicklung mitsteuern“.**

Referentin: Monika Puls- Rademacher

02.03.09 - 03.03.09: **Seminar „Datenschutz im Arbeitsverhältnis und Mitbestimmung“**

Referent: Prof. Peter Gola, Vorstandsvorsitzender Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung e.V.

13./14.03.09: **Betriebsrätekonferenz**

Ort: Maritim Konferenzhotel Darmstadt

20./21.03.09: **Aufsichtsrätetagung**

Ort: Maritim proArte Hotel Berlin

Aus der Geschichte lernen?

Wolfgang Münchau, Europa- Kolumnist der britischen Financial Times und ehemaliger Chefredakteur der Financial Times Deutschland, verglich Ende November 2008 mit Blick auf die Rezession die Wirtschaftspolitik der Regierung Merkel mit der des Reichskanzlers Heinrich Brüning in der Spätphase der Weimarer Republik.

[German complacency poses a serious threat, www.ft.com, 30. November 2008](#)

[Artikel bei Wikipedia zur Deflationspolitik Brünings](#)

Interessante Links für VAA- Mitglieder:

[Maßnahmenpaket der Bundesregierung](#)

[DIW: Abschwung setzt sich fort](#)

[Institut der deutschen Wirtschaft Köln zum Konjunkturpaket](#)

[Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Beitrag Michael Hüther](#)

[ZEW: Konjunkturerwartungen](#)

[Ifw Kiel: Die Deutsche Wirtschaft in der Rezession](#)

[Ifw Kiel: Deutsche Wirtschaft im Winter 2008](#)

[BDI: Geschäftsklima](#)

[BDI: Auftragslage](#)

[Konjunkturpaket I: Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung](#)